

Social-Demokrat.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Alte Jakobstraße Nr. 67.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12½ Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Südd., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Befellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. **Inserate** (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bander, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Unser Parteiprogramm.

VI.

Die preussische Regierung begnügt sich mit einem „Norddeutschen Bund“ — die deutsche Nation aber kann sich nicht mit einem solchen begnügen. Die Nation hat ein Recht auf Verwirklichung ihrer Einheit von Nord bis Süd und von West bis Ost, und nicht eher darf sie ruhen, als bis dies verwirklicht ist.

Nicht nur die „Süddeutschen Staaten“ müssen zu dem jetzt vorhandenen Kern deutscher Einheit herangezogen werden — auch Deutschösterreich gehört zu uns und wird zu uns gehören, so lange dort deutsche Zunge klingt.

Dies also muß unsere Aufgabe sein: dahin zu wirken, so viel an uns liegt, daß dieser „norddeutsche Bund“ statt ein Theilungsmittel Deutschlands zu sein, nur der erste entscheidende Schritt auf der Bahn sei, an deren Ende die vollendete deutsche Einheit steht.

Dieser Punkt ist ein einfacher und zweifellos; denn so weit, Gott sei Dank, war doch immer die deutsche Demokratie, daß sie sich eine Einigung des Vaterlandes nicht durch Abtrennung seiner Glieder, sondern nur durch Vereinigung derselben denken konnte.

Wir müssen festhalten an der vollen Forderung des nationalen Rechtes: Einigung des ganzen Deutschlands.

Ein anderer Punkt aber könnte weniger einfach scheinen.

Sollen wir nach der Richtung des Bundesstaates oder des Einheitsstaates für Deutschland wirken? Oder, praktisch gesprochen, müssen wir die preussische Regierung dahin zu beeinflussen suchen, die andern deutschen Staaten in ein Bundesverhältnis zu bringen, oder aber dieselben zu annexiren?

Wir können, wenn wir unsere Principien zu Rathe ziehen, nur für den Einheitsstaat, für den Weg der Annexionen, der vollständigen Einverleibungen, sein.

Wir müssen für den Einheitsstaat sein, weil wir, deren social-politisches Streben überall eine Zusammenfassung, nicht eine Zersplitterung der Kräfte voraussetzt, in dem Einheitsstaat allein diejenige Form erkennen können, die dem Wesen eines politisch wie social einheitlich sich fühlenden, zu einheitlichem Wirken bestimmten Volkes entspricht.

Aber zu diesem allgemeineren principielle Grundes tritt noch eine zweite, auf die beson-

deren Verhältnisse gegründete Erwägung hinzu.

Auch wer im Allgemeinen für die Form des Bundesstaates eingenommen ist, muß doch zugeben, daß diese Form nur dann Sinn und Verstand hat, wenn durch sie eine Anzahl ungefähr gleich starker Staaten verbunden und geeinigt ist. Zur Noth könnte man jene Form noch hingehen lassen, wo ein einzelner Staat aus der Zahl der Gesamtheit zwar einigermaßen, aber nicht entscheidend an Macht hervortritt.

Als gänzlich verwerflich aber, als ein beständiger Widerspruch in sich selbst, als eine offene Lüge würde ein angeblicher Bundesstaat erscheinen, in welchem ein einziger der in demselben begriffenen Staaten mächtiger wäre als alle übrigen zusammengenommen.

Man hätte die Nachteile des Einheitsstaates ohne seine Vortheile. Die Centralregierung, als welche selbstverständlich die Regierung jenes übermächtigen Staates dastände, hätte thatsächlich alle Macht in der Hand, während die ihr gegenüberstehende Volkskraft unnatürlich zertheilt und zerklüftet wäre.

Dies aber gerade würde die Lage eines deutschen Bundesstaates mit preussischer Centralgewalt sein.

Die „Volksgtz.“ hat in letzter Zeit für den Bundesstaat plaidirt, aus Gründen der Freiheit. Aber sollte die Freiheit nicht gerade dann bessere Aussichten haben, wenn es nicht mehr Deutsche ersten und zweiten Ranges giebt (d. h. solche, die zum thatsächlich herrschenden Staate und solche, die zu den thatsächlich beherrschten Staaten gehören), sondern wenn Alle im ganzen Vaterlande sich gleichberechtigt fühlen und gleichberechtigt der einen Regierung gegenüberstehen?

Man hätte, dächten wir, schon merken können, daß die preussische Regierung die oppositionellen Elemente in den neuerworbenen Provinzen gar sehr fürchtet.

Wer also die Opposition im innern Preußen stärken möchte, der sollte, scheint uns, für weitere neue Provinzen sorgen.

Wir bleiben dabei: die Sache der Freiheit hat auf dem Wege der völligen Einverleibung neuer Theile Deutschlands in den preussischen Staat weniger zu fürchten, als auf dem Wege der Heranziehung derselben als Bundesglieder. Dort treten sie vollberechtigt in den bestehenden Hauptkörper ein; hier bleiben sie zur Ohnmacht und Unbedeutendheit verdammt. Möglich freilich — und dies macht Viele irrt! — daß man in einem solchen Winkelstaat vielleicht etwas

lauter sprechen darf, als im Hauptstaate selbst; aber man bedenke, daß Alles, was dort gesprochen oder getrieben wird, überhaupt keine Bedeutung hat.

Darum Einheitsstaat, nicht Staatenbund! Annexion, nicht Bundesverhältnis!

Allerdings hängt es von den Verhältnissen ab, in welchem Zeitpunkte man die preussische Regierung vernünftiger Weise dazu auffordern kann, zur sofortigen thatsächlichen Verwirklichung dieser Forderung zu schreiten. Aber was man schon jetzt und jederzeit thun kann, ist dies: daß man die Ueberzeugung im Volke verbreite, daß das Streben nicht auf den Bundes-, sondern auf den Einheitsstaat hinauslaufen muß. Insbesondere in der süddeutschen Bevölkerung gilt es diese Ueberzeugung zu verbreiten; der Süden selbst, wenn er wahrhaft erkennt, was zum gemeinsamen Frommen, zum Heile des Vaterlandes greichen würde, muß seine vollständige Vereinigung mit dem Norden verlangen.

Politischer Theil.

Rundschau.

Berlin, 13. Dezember.

In der deutschen Verfassungs-Angelegenheit, speciell des Norddeutschen Bundes, wird der „Röln. Ztg.“ von ihrem officiösen Berliner Correspondenten geschrieben, daß die fragliche Bundesverfassung, in den Grundzügen entworfen, für die Ressortministerien reif sei, worauf die Beschlußfassung und Feststellung im Ministerium behufs der Genehmigung an hoher Stelle bald zu erwarten wäre. Dies werde aus dem Umstande geschlossen, daß die Eröffnung der Ministerconferenz am 15. d. Mts. bevorstehe, wie die neueste „Prov.-Corr.“ meldet. Preußen wird durch die Herren Graf Bismarck und v. Savigny vertreten sein. Weiter berichtet der genannte Correspondent:

Auf große Ueberassungen machen sich die Bevollmächtigten so wenig, wie das Publikum gefaßt. Man ist allgemein darüber orientirt, daß Meer, Marine, Handel, Post- und Telegraphen-Verwaltung, so wie Consularwesen einheitlich und in der Hand der leitenden Präsidialmacht Preußen concentrirt werden müssen. Die finanziellen Konsequenzen ergeben sich daraus von selbst. Die Centralgewalt, als Executive, wird über bestimmte directe Einnahmen, für welche der Zollverein die geeignete Handhabe bietet, sowie über Bundesbudgets für die genannten Verwaltungszweige zu verfügen haben. Neben der Executive werden die verschiedenen Staaten-Interessen in einer Bundesversammlung, die Volks-Interessen in dem Reichstage vertreten sein. Man darf wohl voraussetzen, daß, soweit es sich um die preussischen Forderungen handelt, die Mängel des früheren Stimmenver-

hältnisses in dem Bundesrathe nicht nur dadurch beseitigt werden, daß keine Einstimmigkeit mehr nöthig sein wird, sondern auch die Verhältnisse des früheren Plenums so gut wie keine Rolle mehr spielen können. Die Curiastrimmen müssen in geeigneter Weise mit wechselndem Turnus zur Beschleunigung und Vereinfachung der Geschäfte vertheilt werden. Denn zu Curien wird es für die Mehrzahl der Regierungen gerade im Interesse der Vereinfachung wahrscheinlich kommen. Man darf sicherlich erwarten, daß die neue Bundesversammlung im Wesentlichen mehr dem engeren Rathe der früheren als dem Plenum sich nähern wird. Die Attributionen sind selbstverständlich verschieden, schon weil bei dem früheren Bundestage die einheitliche Executive mit ihren finanziellen Consequenzen fehlte. Dem definitiven Parlamente gegenüber wird der Bundesrath im Grunde und wenn man auf die Sache sieht, ein Ministerium des Bundes repräsentiren, wenn auch im Uebrigen die Einzel-Sonderämter, soweit die einheitlichen Erfordernisse dies zulassen, darin vertreten sein werden. Daß das nur aus Einer Kammer bestehende und voransichtlich aus directen Wahlen hervorgehende Parlament, von anderen Gegenständen abgesehen, besonders über die nach dem Prognostik der Bevölkerung zu bemessenden Bundes-Budgets eine beschließende Stimme haben wird, wurde schon als sehr wahrscheinlich bezeichnet. Die in nicht allzu zahlreichen Artikeln enthaltene Verfassung oder Bundes-Akte wird über diese wesentlichen Grundzüge, sobald sie festgestellt sein werden, schwerlich wesentlich neue Elemente darbieten können. Die Bundesglieder werden sich in die den früheren ähnlichen Formen leicht hineinfinden. Das bewegende Moment wird allerdings ein fundamental verschiedenes sein müssen, damit der neue Staat nicht wieder an den Gebrechen seines Vorgängers zu Grunde gehe.

Für den „Deutschen Südbund“ wird nun auch in Baden lebhaft, allein ohne Erfolg agitiert. Dagegen haben die Stuttgarter Mitglieder der deutschen (preußen-freundlichen) Partei an das Berliner Central-Wahlcomitee für das norddeutsche Parlament ein Schreiben gerichtet, worin sie u. A. erklären, daß sie die Beseitigung der zwischen Nord- und Süddeutschland noch bestehenden Schranken als die Aufgabe der Patrioten dies- und jenseits ansehen, und daß sie ihre darauf gerichteten Bestrebungen fortsetzen. Es ist dies jedenfalls eine um so anerkannterwerthere Aufgabe, je schwieriger sie gerade in Württemberg sein mag, wo man am wenigsten zu begreifen scheint, wach ein logischer Unsinn darin liegt, einerseits zu behaupten: die Einheitliche und die Existenz der Nation bedrohende Trennung Deutschlands durch die Mainlinie sei hauptsächlich ein Resultat der Intriguen des Auslandes, und andererseits selbst dafür thätig zu sein, daß das auf unsere bleibende Schwäche angelegte Werk der ausländischen Diplomatie ins Leben trete und in seinen verderblichen Consequenzen vollzogen werde. Denn ein „Süddeutscher Bund“ gegenüber dem „Norddeutschen Bund“ schließt nur zwei Möglichkeiten ein: entweder es entwickeln sich beide nebeneinander, äußerlich zwar friedlich, aber doch in innerem Gegensatz zu einander, so daß, während der ganze Norden allmählich vollständig bornissifizirt wird, der Süden immer mehr französischem Einfluß, französischem Geist und Wesen anheimfällt, oder — und dies ist das Wahrscheinlichere — der Süden stützt sich, im Gefühl seiner Schwäche und Hilflosigkeit, gänzlich auf das Ausland und wird so zum Handlanger desselben, um den aufstrebenden deutschen Norden, d. i. Preußen, niederzumerzen. Daß es sich aber dabei um die Existenz der Nation handelt, begreift jedes Kind, und nur politische Kinder können sich sorglos Bestrebungen hingeben, welche nur geeignet sind, die Gefahren zu erhöhen. Die Interessengemeinschaft zwischen Nord und Süd gebietet nur Eino: Gegenseitige Verständigung und Einigung. — In Preußen betrachtet die Regierung selbst, wie aus dem neuesten Leitartikel ihres officiösen Blattes, der „Nordd. Allg. Ztg.“ hervorgeht, den „Conflikt“ nicht für „befeitigt“, sondern nur für „vertagt“ und von den fortschrittlichen Parteien auf „günstigere Zeiten“ verschoben. Und so ist es auch, weil es nicht anders sein kann. — Der König von Sachsen soll am 17. d. Mts. in Berlin eintreffen. Wie die „Köln. Ztg.“ vermuthet, steht dieser Besuch nicht außer Zusammenhang mit dem Verläßlichen des Königs von Sachsen, seiner Armee bei Constitution des Norddeutschen Bundes eine gewisse Selbstständigkeit zu erhalten. — Der König von

Hannover soll neuerdings die Eidesentbindung der Offiziere, unter der Bedingung der Weiterzahlung ihres vollständigen Gehaltes, beschließen haben. Als ob er noch Bedingungen zu stellen hätte! — In Oesterreich erwartet man noch vor Neujahr die Entlassung des „Sisirungs-Ministeriums.“ Den Vorsitz im Gesamt-Ministerium dürfte, selbst bei einer vollständigen Reorganisation desselben, dennoch Herr v. Bußi behalten, da er trotz seiner Mißliebigkeit beim hohen böhmischen Adel und beim Clerus sich der ungetheilten Gunst des Kaisers erfreut.

Der im ungarischen Unterhause am 11. d. M. zur Verlesung gekommene Deak'sche Adressentwurf erfucht den Kaiser um die Wiederherstellung der Verfassung Ungarns und der Rechtscontinuität im Interesse Ungarns, des Kaiserhauses und der Gesamt-Monarchie und weist auf die Gefährlichkeit einer inneren Zerrüttung bei der gegenwärtigen Lage Europas hin. Die Bemerkungen des königlichen Rescripts über die gemeinsamen Angelegenheiten seien erst diskutirbar, wenn der Reichstag über den ganzen Entwurf berathen und beschließen könne. Die Adresse bittet um Amnestirung der politisch Verurtheilten und sie consatirt mit Freunden die Absicht des Kaisers, in den übrigen Ländern des Kaiserstaats ein verantwortliches Ministerium einzuführen. Die Adress-Debatten nehmen jetzt ihren Anfang. Die gegenwärtige Adresse Deak's geht also so entschieden auf die Herstellung der Rechtscontinuität, wie dies jemals eine andere Adresse gethan und ist dualistischer, als die Regierung es je sein zu können wiederholt erklärte. Sollte aber das Ministerium auch diesmal zurückweichen, so stehen ihm gleichdrohend die auf der Reichseinheit bestehenden Kundgebungen der außerungarischen Landtage entgegen, und sollten Worte dereinst zu Thaten werden, so bedeutet die Ausföhrung der Regierung mit Ungarn nichts anderes, als den Bruch der Völker unter einander — eine Eventualität, die unabsehbare Folgen nach sich ziehen muß. — Nach dem „Dz. pozni.“ ist die ruthenische Partei mit einem besonderen Adressentwurf aufgetreten. Derselbe enthält ein Mißtrauensvotum gegen das jetzige Ministerium und fordert die Theilung Galiziens in ein polnisches und ruthenisches. Der Entwurf ist bei der Abstimmung gegen den der polnischen Partei gefallen.

In Paris hat nun der „Moniteur“ die Grundzüge des Reorganisationsplanes für die Armee veröffentlicht. Er stimmt ganz mit den von der „Patrie“ gegebenen Andeutungen überein. Derselbe stellt also für den Kriegsfall 1,200,000 Mann zur Verfügung, während der „norddeutsche Bund“ eine Armee von mindestens 900,000 ergeben wird. — In Mazas befinden sich jetzt nur noch zehu von den Personen, welche in dem Café de la Renaissance verhaftet worden sind. Dieselben werden binnen Kurzem vor Gericht erscheinen.

Am 11. Dezbr. haben die letzten französischen Truppen Rom verlassen. — Die Reise der französischen Kaiserin soll nun doch stattfinden. — In dem Vertrage über die Theilung der römischen Schuld hat die italienische Regierung die Verpflichtung übernommen, binnen drei Monaten 21,600,000 Fres. baar an die päpstlichen Kassen zu bezahlen. Bei der bedrängten Finanzlage Italiens kann man nicht umhin, dies Zugeständniß als einen ferneren Beweis der Bersöhnlichkeit des Florentiner Kabinetts anzusehen.

Höchst bedeutsam ist die Meldung aus Petersburg, wonach die russische Regierung die Beziehungen zu Rom abgebrochen hat, das Concordat von 1847 für aufgehoben erklärt und die Angelegenheiten der katholischen Kirche Rußlands den russischen Behörden zuweist. Dieser Act ist ein entscheidender Schlag auf die polnische Nationalität. Dabei kokettirt Rußland mit Frankreich. Der russische Kaiser besuchte dieser Tage den Ball bei dem französischen Votschafter und erhielt den telegraphischen Dank des Kaisers Napoleon für diesen Besuch mit dem Ausdrucke eines freundschaftlichen Glückwunsches. Werden diese neuerlichen guten Beziehungen dauernd sein?

In England scheinen die erbärmlichen Einwendungen gegen die Einführung des Schulzwangs

immer mehr das Feld zu räumen. In Manchester hat nun eine Bürgerversammlung beschloffen, in einer an das Parlament zu richtenden Petition zu verlangen, daß für den Elementar-Unterricht der Kinder ärmerer Klassen durch Erhebung örtlicher Steuern unter örtlicher Verwaltung Sorge getragen und zur Erziehung des Schulbesuches die nöthige gesetzliche Befugniß gewährt werde.

Aus Wien wurde gemeldet, daß sämtliche Pariser Vertragmächte, England zuerst, Rußland zuletzt, dem österrichischen Vorschlage collectiver Anerkennung des Fürsten Carl von Rumänien zugestimmt haben.

Die Wiener „Presse“ vom 12. d. M. vernimmt, daß der Bruch zwischen der Pforte und Griechenland unvermeidlich geworden sei. Auf den Ionischen Inseln soll sich eine bedenkliche Gährung zeigen und auf Cephalonia ist es nach dem Bericht schon zu ersten Ruhestörungen gekommen. — Eine Depesche aus Constantinepel vom 11. d. M. bringt die Nachricht, daß die Pforte von Plänen und Agitationen, welche auf Fortrennung Bulgariens zielen, Kenntniß erlangt habe, und von der Agitationspartei Candidaten für ein künftiges bulgarisches Wahlkörpersystem aufgestellt worden seien.

Ueber die Angelegenheiten Mexiko's ist nachstehende Depesche eingelaufen:

London, 13. Dez. Nach den neuesten Nachrichten aus New-York verweilt Kaiser Maximilian immer noch in Orizaba, ohne jedoch amtliche Handlungen zu vollziehen. Die kaiserlichen Regimenter in Jalapa haben sich den Republikanern ergeben.

Deutschland.

Berlin, 12. Dezbr. [Abgeordnetenhaus.] Gestern fand die 41. Sitzung statt. (Verathung des Etats der Marine-Verwaltung.)

Präsident: v. Fordenbed. Eröffnung 10 Uhr 20 Minuten.

Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten. Der Regierungskommissar Jacobs erläutert die Abänderungen im Etat. In Betreff der materiellen Seite des Etats kommen namentlich die Hasen- und Schiffsbauten in Betracht. Bei den Hasenbauten an der Jade wurde auch die Anlage von Garnisonsanstalten und Besetzungswerten notwendig. Den Schiffen ist freilich für den Augenblick in Gesehmünde ein sicherer Kriegshafen erworben. In der Ostsee fehlt noch ein Hafen für alle Marine-Etablissements; die Regierung fordert dieses Jahr 500,000 Thlr., der Ban aber wird im Ganzen 9 1/2 Millionen Thlr. kosten. Au Panzerschiffen besitzt die Marine 2, im Ban sind 2 à 16 Kanonen zu 277' und 283' Länge, Breite 55' und 23 1/2' Tiefgang. Der Panzer ist 4 1/2' dick. Eine dritte Panzerrette soll angekauft werden, da aber die Regierung noch in Unterhandlung steht, so ist es unthunlich, näher darauf einzugehen. Die Regierung bemäht sich fortwährend, der inländischen Industrie Arbeiten zuzuwenden, wenn diese bei gleichen Preisen allen Ansprüchen der Marine Genüge leisten kann. Dem nach dieser Richtung hin gestellten Antrag des Abgeordneten Harckort bebauert aber die Regierung, nicht betreten zu können. Die inländische Industrie ist nicht in der Lage, Panzerschiffe zu bauen; kommen Anerbieten, so würde die Regierung bereitwillig darauf eingehen, und das hat die Regierung gezeigt, als sich in Kiel eine Schiffbau-Gesellschaft bilden wollte. Dem Antrage des Abg. Schmidt (Radow): die Regierung aufzufordern, beim Neubau und der Reparatur von Kriegsschiffen möglichst der inländischen Industrie Aufträge zu geben, würde die Regierung nichts entgegenzustellen haben. — Was die Stärke des seemannischen Personals und dessen seemannische Ausbildung angeht, so hängt dies von der Indienststellung der Fahrzeuge ab.

Nach kurzer Debatte wird die Generaldiscussio geschlossen. Die Einnahmen aus der Landesverwaltung des Jahrsgebietes und die anderen Einnahmen mit 44,204 Thlr. werden bewilligt. Bei den Ausgaben bringt der Abg. Schmidt (Radow) die Angelegenheit der Stellung des Marine-Directors, der den Eid auf die Verfassung nicht geleistet hat und deshalb den Berathungen nicht bewohnen kann, zur Sprache.

Nachdem in der weiteren Debatte auch die Fähigkeit des Marine-Directors in Frage gezogen worden, erklärt der Marine-Minister: Die Regierung allein hat über die Fähigkeit derer, die sie anstellt, zu urtheilen. Die Thätigkeit des Präses kann man nicht so ohne weiteres ins Dunkel stellen. Ich erkläre andrücklich, daß seine Thätigkeit eine leistungreiche ist, und es gereicht mir zur Genugthuung, dem Manne, den ich so hoch schätze, dies Zeugniß geben zu können. Der Präses der Marine braucht nicht Seemann zu sein; hat man die Fähigkeiten